

© Der Landbote; 06.03.2012;
Schweiz

Er verdient noch immer mehr als sie

Bern. Eine Allianz von Politikerinnen erhöht den Druck für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Der Kampf um gleiche Löhne für gleiche Arbeit dauert schon über hundert Jahre.

Daniel Stehula

Morgen ist der Tag der Lohngleichheit, übermorgen der internationale Tag der Frau. Damit ist wieder die Zeit gekommen, über Lohn- und Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zwischen Mann und Frau zu sprechen. Gestern meldete sich in Bern eine neu formierte Frauenallianz zu Wort und forderte ein Ende der Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt bis 2014.

Die Frauenallianz Lohngleichheit besteht aus Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Hier stehen die Schweizer Business and Professional Women (BPW) Seite an Seite mit der Frauenkommission des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) sowie mit Politikerinnen von BDP, CVP, FDP und SP. Die Allianz ist breit abgestützt und verspricht sich, den Druck auf die Arbeitgeber erhöhen zu können. Die Forderung der Gruppe lautet: «Jetzt muss es vorwärtsgehen mit der Lohngleichheit.»

Schlechter als Polen

Aktuelle Erhebungen zeigen, dass in der Schweiz im Schnitt ein Mann für die gleiche Arbeit 18,4 Prozent mehr verdient als eine Frau. Im internationalen Vergleich steht die Schweiz besser da als Deutschland (21,6 Prozent Differenz zwischen den Geschlechtern), aber schlechter als Frankreich (13,1 Prozent), Polen (10 Prozent) oder Norwegen (8,7 Prozent).

Die Allianz Lohngleichheit verweist darauf, dass dies «in klarer Verletzung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften» geschehe. 1981 hatten die Schweizerinnen und Schweizer einem Verfassungsartikel zugestimmt, der besagt, dass Mann und Frau Anrecht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit haben. 1996 trat das Gleichstellungsgesetz in Kraft. Auf die Löhne wirkte sich dies nur gering aus. Deshalb lancierten Bund und Sozialpartner 2009 den Lohngleichheitsdialog. Dabei lassen Unternehmen freiwillig ihre Lohnstruktur überprüfen. Aktuell nehmen zwanzig Firmen daran teil. Der SGB urteilte 2010: «Die Zahl der Unternehmen, die sich dem Lohngleichheitsdialog anschliessen, muss sich markant steigern, soll er zum Erfolg kommen.»

Die Idee des Dialogs hat einen schweren Stand, wie eine Aktion der BPW zeigt. Die Organisation hatte die 3000 grössten Unternehmen der Schweiz angeregt, ihren Stand der Lohngleichheit zu ermitteln. Nur 58 Firmen antworteten, 51 davon mit einem auswertbaren Fragebogen. Der Dialog harzt. Franziska Teuscher, Grünen-Nationalrätin und Co-Präsidentin der SGB-Frauenkommission, erklärte gestern: «Löhne fallen nicht vom Himmel. Löhne werden gemacht. Wir verlangen transparente, geschlechtsneutrale Lohnsysteme.»

«Frauenquoten wären Mittel»

Thomas Widmer, Politologe an der Universität Zürich, untersucht im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 60 die «Entstehung und Steuerung beruflicher Gleichstellungspolitik». Er sagt, der Lohn sei nur ein Aspekt der Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Er verweist etwa auf die ungleiche Verteilung von Führungspositionen. Widmer sagt auch: «Frauen können bei Einstellung, Beförderung und Lohnfestsetzung schlechter behandelt werden als Männer.» Zu beobachten sei auch, dass sich Frauen – in ihrer Rolle als Arbeitnehmerin – zu Unrecht gewisse Aufgaben nicht zutrauen würden. «Frauenquoten für Führungspositionen wären ein Mittel, die Gleichberechtigung zu fördern», sagt Widmer. In Norwegen bestehe eine Quote für Verwaltungsräte seit 2008. Österreich debattiert derzeit über die Einführung einer Quote bei staatsnahen Betrieben.

Frauenquote für die Teppichetage?

Europa rückt einen Schritt näher an eine verpflichtende Frauenquote für Unternehmen. EU-GrundrechtKommissarin Viviane Reding könnte noch in diesem Sommer Gesetzesvorschläge für

eine europaweite Vorgabe für die Führungsgremien von Konzernen machen. Derzeit sei nur eines von sieben Vorstandsmitgliedern bei führenden europäischen Unternehmen weiblich, teilte die Kommission gestern in Brüssel mit. Seit 2010 habe ihr Anteil zwar zugenommen, dennoch würde es bei dieser Geschwindigkeit vier Jahrzehnte dauern, bis ein Gleichstand der Geschlechter erreicht wäre.

Der Aufruf der Kommissarin an europäische Unternehmen im Frühjahr 2010, den Frauenanteil freiwillig zu erhöhen, blieb weitgehend folgenlos. Nur 24 Firmen haben die Selbstverpflichtung bisher unterzeichnet. Zwar sei der europaweite Zuwachs in den vergangenen beiden Jahren mit knapp zwei Prozent so hoch wie selten gewesen, teilte die Kommission mit. Allerdings gehe bereits die Hälfte davon auf Frankreich zurück, das 2011 gesetzliche Vorgaben machte. Quoten für private Unternehmen gibt es laut EU-Kommission bisher neben Frankreich nur in Belgien, Italien, den Niederlanden und Spanien.

Die EU-Kommission will nun bis Ende Mai die Öffentlichkeit befragen. Von den Ergebnissen wird abhängen, ob die Brüsseler Behörde einen Gesetzesvorschlag macht oder nur eine Empfehlung. Dabei will Kommissarin Reding auch Vorschläge sammeln zur Höhe der Quote, Zeitvorgaben und Sanktionen. (sda)